



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nur noch selten sprechen die Leute von dem Tänzelsfrize. Noch seltner von seinem jähen, ruhmlosen Ende.

Die einstige Brunkstube ist nun völlig verwandelt. Zwischen ihrem eignen einfachen Hausrate wohnt da drinnen eine ältere recht tüchtige Verwandte von Frau Nowatsch, die allein in der Welt steht. Sie leistet den alten Tetemanns ehrliche Dienste und ist ihnen eine ebenso nützliche wie angenehme Hausgenossin. Die Rokokomöbel aber, die Malwine Reichhardt mit in ihre Ehe gebracht hatte, bilden in ihrer Echtheit einen Hauptschatz der Einrichtung. Sie waren ihr zur Hochzeit mit dem Kunsttischler, der sie doch auch ganz anders zu würdigen und zu schätzen wisse, von Fritzens Eltern unter Segenswünschen und Dankestränen geschenkt worden. Nun stehen sie viel bewundert zu Breslau in des jungen Paares Wohnung. Wenn Frau Reichhardt herüber zu ihrer Tochter kommt — nur eine Straße trennt die Eltern von dem einzigen Kinde, dem sie nachgezogen sind —, so achtet sie unendlich darauf, daß ihr Kleid auch nicht naß sei und auf dem künstlich ausgefärbten, so leuchtend gebliebenen Damaststoffe keine Flecken mache, oder darauf, daß der kleine Fränzel nicht etwa mit seinen Butterbrotfingern daran komme.

Wine ist nach und nach eine blühende, glückliche Frau und Mutter geworden. Ihr kluger, guter Mann ließ geduldig sich die Wunde erst richtig schließen und verharschen, bevor er Ansprüche machte auf ein heiteres Weib. War Wine auch zu Beginn ihrer Ehe meist ernst und still, so ist sie jetzt längst wieder sonnig in ihrer Art.

Nur ein einzigesmal hatte Franz Nowatsch fast mit seinen Augen sehen können, daß jene Wunde wieder aufs neue zu schmerzen und zu bluten anfangen wollte. Das war geschehen, wie ein Orgelmann auf Stelzfüßen in den Hof kam und der Fränzel, noch im Röckchen, dies hob und wie ein Alter genau im Takte zierlich zu tanzen begann. Erblickt, tief erschrocken und ganz gegen ihre sonstige Art, fast barsch rief ihn die Mutter ins Haus, indem sie das kleine Töchterchen, das eben getrunken hatte, wie schützend fest an sich drückte. Wine hat niemals in ihrem Leben wieder getanzt.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Interpellationen. Sozialpolitische Debatten. Fürst Bülow im Landwirtschaftsrat. Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.)

Nachdem der Etat in die Budgetkommission gewandert ist, hat der Reichstag, der durch das Etatsnotgesetz überdies etwas freie Hand erhalten hat, Zeit gewonnen, sich mit andern Dingen zu beschäftigen. Bei solcher Lage der Geschäfte pflegt sich die Blütezeit der Interpellationen zu entwickeln. Nicht gerade zum Vorteil der Beratungen. Das wichtigste Recht einer Volksvertretung, Fragen an die Regierung zu richten, um Angelegenheiten, die die allgemeine Aufmerksamkeit erregt haben und mit öffentlichen Interessen in Beziehung stehen, aufzuklären und nötigenfalls einer Erledigung entgegenzuführen, darf gewiß nicht in seiner Bedeutung verkannt oder unterschätzt werden. Wenn der Interpellant seine Frage begründet, das heißt den Sachverhalt, der ihn dazu veranlaßt, auseinandergelegt hat, wenn dann die Regierung ausführlich geantwortet hat, so kann es sich allerdings ergeben, daß noch dieser oder jener Punkt aufzuklären, von der einen oder

andern Seite noch eine abweichende Meinung vorzubringen ist, aber sehr bald muß doch der Gegenstand der Anfrage klar und der Weg zur Erledigung des besprochenen Falles festgestellt sein. Dann ist der Zweck der Interpellation erfüllt. Gegenstand solcher Fragen sollten also eigentlich nur Gegenstände sein, bei denen es sich um einfache Auskunftserteilung handelt oder um Eingriffe der ausführenden Gewalt, die entweder, falls sie zu Unrecht unterlassen, nachgeholt werden müssen, oder, falls sie ungesetzlich oder mißverständlich erfolgt sind, Remedur erfordern. Die Interpellation bedeutet also einen Teil der Kontrollgewalt der Volksvertretung über die Aufrechterhaltung der Gesetze oder über solche Maßnahmen der ausübenden Gewalt, die dieser zwar vorbehalten sind, aber doch im Zusammenhang mit der Gesetzgebung stehen und dem öffentlichen Interesse unterliegen. Interpellieren kann die Volksvertretung deshalb über die Lage der auswärtigen Politik, über eine unrechtmäßige Verhaftung, die keine genügende Sühne gefunden hat, über die Verschleppung eines vom Staat auszuführenden Unternehmens und dergleichen. Aber was hat die neuere parlamentarische Praxis aus den Interpellationen gemacht! Weiter nichts als Rede- und Disputierübungen über allerlei politische Fragen, die zu umfangreich oder zu wenig spruchreif sind, als daß man etwas praktisch Brauchbares in Form eines Antrags daraus machen könnte. Das Kennzeichen der modernen Interpellation besteht somit darin, daß sie nie zu Ende geführt werden kann. Die Begründung des Interpellanten bewegt sich nur formell in dieser Gestalt; sie ist nur die subjektive Meinung des Redners über die angeregte Frage, und die Antwort der Regierung hat die gleiche theoretische Bedeutung. Die Besprechung bringt dann zu diesen beiden Ansichten noch so viele weitere hinzu, als Redner sich zum Worte melden. Man kann den Inhalt ganzer Lehrbücher auf diese Weise von sich geben, und wenn der letzte Redner geendet hat, steht die ganze Sache genau auf demselben Fleck wie in dem Augenblick, wo man in die Erörterung eintrat.

Die Interpellationen haben vielleicht nicht am wenigsten dazu beigetragen, durch das uferlose Geschwätz, das sie entfesseln, das Ansehen der Parlamente herabzudrücken, denn sie sind recht eigentlich eine Schule der Zeitvergeudung und der Abstumpfung des Empfindens gegen die Erfordernisse einer zweckmäßigen, die Geschäfte fördernden Debattierkunst. Es ist ein etwas beunruhigendes Symptom, daß in der letzten Woche ein Versuch, eine solche Besprechung durch einen Schlußantrag zu beenden, dadurch vereitelt wurde, daß sich die Freisinnigen bei der Abstimmung von der nationalen Mehrheit wieder loslösten und die Merkmal-sozialdemokratische Minderheit zur Mehrheit machten. Das hatte ja in einer reinen Geschäftsordnungsfrage nicht allzu viel Bedeutung; deshalb kann der nationale „Block“ doch erhalten bleiben. Aber einen schlechten Eindruck mußte dieses Verhalten der Freisinnigen doch machen. Der Schlußantrag, der bei der Besprechung der Interpellation über die Strafprozessreform gestellt wurde, konnte die Sache nicht beeinträchtigen; alles Notwendige war gesagt worden, und weitere Reden mochten wohl noch manchen interessanten Beitrag zu der Frage bringen, aber es waren Erörterungen, die außerhalb der eigentlichen Aufgaben des Parlaments lagen. Hier war die straffere Zusammenfassung der Geschäfte die wichtigere Sorge. Das hatte mit liberalen oder konservativen Anschauungen gar nichts zu tun. Deshalb war es ein Fehler, daß um einer reinen Formfrage willen die Gemeinschaft mit den weiter rechts stehenden Parteien von den Freisinnigen leichtfertig aufgegeben wurde, und daß in diesem Falle ihr Einfluß zugunsten der bei den Wahlen bekämpften Parteien eingesetzt wurde.

Der Debatte über die Strafprozessreform ging eine große sozialpolitische Debatte voraus. Das Zentrum glaubte noch immer, es werde ihm gelingen, die

Konservativen und Liberalen auseinander zu sprengen. Die Form einer Interpellation gab wiederum die beste Handhabe, öffentlich zum Ausdruck zu bringen, welche Stütze die Regierung vordem an dem Zentrum in sozialpolitischen Fragen gehabt hatte. Der Abgeordnete Trimborn, der die Führung übernommen hatte und die Interpellation begründete, verstand es besonders, den Anteil seiner Partei an sozialpolitischen Verdiensten in das rechte Licht zu setzen, wobei er starke Zweifel durchblicken ließ, ob die neue konservativ-liberale Mehrheit ähnliches werde leisten können. Was auf diese Zweifel von den Mehrheitsparteien hat erwidert werden können, hat ja vorerst nur beschränkten Wert. Denn zur Entscheidung kommen kann die Frage erst bei der Beratung wirklicher Gesetzentwürfe, wo es darauf ankommt, in bestimmter und verbindlicher Weise zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen. Immerhin hat die Debatte den Eindruck ergeben, daß die sozialpolitischen Fragen am allerwenigsten geeignet sein werden, das Einvernehmen innerhalb der Mehrheit zu fördern. Fürst Bülow hat durchaus Recht behalten mit seiner schon im Silvesterbrief ausgesprochenen Behauptung, daß die Zeit der scharfen Gegensätze in den sozialpolitischen Anschauungen der bürgerlichen Parteien vorüber ist. Verschärft wurden diese Gegensätze vor Jahren durch den Streit über den Charakter der sozialdemokratischen Bewegung. Dieser Streit trennte damals nicht nur die sich ohnehin schon gegenüberstehenden Parteien, sondern entzweite auch die durch gemeinsame Grundanschauungen verbundenen Parteien in ihrem Innern und schwächte sie dadurch nach außen hin. Die Konservativen schwankten zwischen einer reformfreundlichen Richtung und einer andern, die in jedem weiteren Schritte zur Sozialreform eine Ermunterung der Sozialdemokratie sah. Der alte Liberalismus, der noch bei dem sogenannten „Manchesterium“ in die Schule gegangen war und deshalb die ganze sozialistische Bewegung mit der bitteren Feindschaft betrachtete, der Eugen Richter einstmals so oft Ausdruck gegeben hat, sah in seinen eignen Reihen eine Strömung entstehen, die in dem Radikalismus der Sozialdemokratie einen ihrem eignen Liberalismus verwandten Zug entdeckte und hierauf den festen Glauben an eine „Mauferung“ der Sozialdemokratie zu einer radikalen Reformpartei und damit zu einer bündnisfähigen Partei gründete. Eine Zeit lang schien ja auch die revisionistische Richtung innerhalb der Sozialdemokratie dieser Auffassung Recht zu geben, bis sie durch den Dresdner „Jungbrunnen“ einen Stoß erhielt, der nicht so leicht zu überwinden war. Seitdem ringt sich eine andre Auffassung allmählich zur Geltung durch und bringt die bürgerlichen Parteien einander näher. Sie besteht in der Überzeugung von der absoluten Unfruchtbarkeit und Unbrauchbarkeit der Sozialdemokratie, die die sozialen Probleme nicht etwa nur in einer falschen und schädlichen Richtung ihrer Lösung entgegenführen will, sondern überhaupt unfähig ist, sie zu lösen. Diese wachsende Überzeugung muß allmählich dazu führen, daß die Hoffnungen auf Mauferung der Sozialdemokratie oder den Sieg des Revisionismus in immer weitem Kreise begraben werden. Je mehr das aber zutage tritt, desto mehr muß auf der entgegengesetzten Seite die Furcht schwinden, daß jede sozialpolitische Reformarbeit im Grunde die Geschäfte der Sozialdemokratie besorge. Das bedeutet auf allen Seiten eine sehr viel unbefangene Stellung zu den sozialpolitischen Fragen. Ihre Frucht ist eine nüchterne, von Nervosität und Vorurteil freie Würdigung der Ursachen unserer sozialpolitischen Krankheit, und das ist wiederum die Bedingung einer energischen Bekämpfung der Krankheitserscheinungen und sodann der Anfang einer guten sozialen Hygiene. Es wird auf diesem Wege freilich noch manche Irrungen geben, und schnell wird es nicht gehn. Aber es ist doch schon jetzt manche Verständigung leichter geworden. Die Auffassung, daß soziale Reformarbeit eine Aufgabe ist, die

mit der Existenz und Entwicklung der Sozialdemokratie gar nichts zu tun hat, sondern sich aus allgemeinen Beobachtungen und aus den Zeitverhältnissen ergibt, daß aber jede verständige, mit dem Wohl des Ganzen verträgliche Lösung dieser Aufgabe von der Sozialdemokratie gestört, gehemmt und totgeschlagen wird, muß notwendig dahin führen, daß auf diesem Gebiete die alten Gegensätze der politischen Parteien zeitweilig in den Hintergrund treten, und das Streben, im Gegensatz zur Sozialdemokratie etwas Positives zu schaffen, sowohl den Konservativen als den Liberalen zurzeit wichtiger ist als die Hervorkehrung irgendwelcher Punkte, in denen sie untereinander vielleicht verschiedner Meinung sind. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Wahlniederlage der Sozialdemokratie einen besonders günstigen Zeitpunkt geschaffen hat, um in dieser Verständigung einen Schritt weiter zu kommen. Wir glauben darum, daß das Zentrum eine Enttäuschung erleben wird, wenn es meint, die Sozialpolitik könne vielleicht den Anlaß geben, die neue Reichstagsmehrheit zu sprengen und eine der alten ähnliche wiederherzustellen, zumal da jetzt keine einzige bürgerliche Partei mehr geneigt sein wird, in dem Interessensstreit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einseitig und schroff Partei zu ergreifen.

Wertvoll an der sozialpolitischen Debatte im Reichstag war das Eingreifen des Grafen Posadowsky, der in gewohnter Weise die Erörterung zu vertiefen wußte, vor allem aber auch in der Lage war, Auskunft über die gesetzgeberischen Pläne der Regierung zu geben. Die zweite Beratung des Etats des Innern wird zwar sicherlich eine Wiederholung der sozialpolitischen Debatten bringen und hätte dann Gelegenheit genug geboten, die gleichen Ankündigungen zu machen, die jetzt die Interpellation Trimborn und Genossen hervorgerufen hat; insofern bleibt für die Veranstalter der Interpellation der Vorwurf der Zeitvergeudung bestehn. Das ändert aber nichts daran, daß wir dem Grafen Posadowsky für seine aufklärenden Mitteilungen Dank schulden. Die scharfe Kritik, die der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wie er dem letzten Reichstage vorgelegen hat, von den verschiedensten Seiten erfahren hat, ist die Veranlassung, daß diese Vorlage einer gänzlichen Umarbeitung unterzogen wird. Deshalb wird sich auch ihre Beratung verzögern, und die Regierung hat beschlossen, den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zuerst einzubringen. Auch der sogenannte „kleine Befähigungsnachweis“ wird den Reichstag voraussichtlich bald beschäftigen.

Außer den sozialpolitischen Gesetzentwürfen wird die Revision des Börsengesetzes ein großes Interesse in Anspruch nehmen. Lange hat diese Vorlage zurückgestellt werden müssen, aber sie erscheint nachgerade als eine dringliche Aufgabe der Gesetzgebung. In seiner Rede vom 25. Februar hat der Reichskanzler die Börsengesetzesreform mit einem gewissen Nachdruck als einen der Punkte bezeichnet, in denen er den Wünschen der Liberalen Rechnung zu tragen beabsichtige. Gerade hierin aber droht ein starker Widerstand von der konservativen Seite. Fürst Bülow hat deshalb eine besondere Gelegenheit ergriffen, um sich über diesen Teil seines Programms gerade da auszusprechen, wo er den entschiedensten Gegensatz der Interessen voraussetzen mußte. Das Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrats, dem Fürst Bülow jedes Jahr beizuwohnen pflegt, ist von ihm schon mehrfach zur Aussprache über wirtschaftspolitische Fragen benutzt worden. Auch diesmal — am 14. März — hat der Reichskanzler dabei eine bedeutungsvolle Rede gehalten, und hier hat er eben versucht, vom agrarischen Standpunkt aus die Notwendigkeit der Erfüllung liberaler Wünsche, besonders hinsichtlich der Reform des Börsenwesens, darzutun. Noch nie hat sich Fürst Bülow mit solcher Wärme und Offenheit als „Agrarier“ bekannt. Es war nicht nur eine durch die Lage gebotene Klugheitsrücksicht, sondern eine schon mehrfach betätigte Überzeugung, die er damit zum Ausdruck brachte. Er bot

damit seinen agrarischen Zuhörern eine Garantie, daß die bisherige wirtschaftliche Grundlage seiner Politik festgehalten werden solle. So konnte er die Gründe entwickeln, weshalb er trotzdem von ihnen die Zustimmung zu einer gesetzgeberischen Aktion wünschte, die sie bis dahin verworfen hatten. Und es scheint, als ob der Reichskanzler an das Vertrauen der Landwirtschaft auch in dieser heikeln Frage nicht vergebens appelliert hat. Ganz wird der Widerspruch nicht verstummen, aber es ist in der Mehrheit offenbar der gute Wille zur Verständigung vorhanden.

Auch das preußische Abgeordnetenhaus ist jetzt in der Etatsberatung begriffen. Dabei sind in letzter Zeit interessante Fragen erörtert worden. Beim Eisenbahnetat kam die Frage der Betriebsmittelgemeinschaft zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen zur Sprache. Doch scheint es, als ob diese Angelegenheit noch in recht weitem Felde liegt und in der letzten Zeit eher Rückschritte als Fortschritte gemacht habe. Die wichtigsten Fragen sind in der letzten Woche beim Etat des Kultusministeriums verhandelt worden. Die Polen benutzten die Gelegenheit, um mit außerordentlicher Heftigkeit die Regierung anzugreifen, weil sie in dem polnischen Schulstreik mit Festigkeit ihre Autorität gewahrt hatte. Was in dieser Debatte auf polnischer Seite an dreifachen Unwahrheiten und krassen Übertreibungen geleistet wurde, sollte man kaum für glaublich halten. Man darf aber die Hoffnung hegen, daß gerade die Maßlosigkeiten der Polen, die von Herrn von Studt sehr entschieden zurückgewiesen wurden, die Notwendigkeit eines beharrlichen Festhaltens an der energischen Polenpolitik besonders einleuchtend machen werden. Denn schon machten sich gewisse Neigungen geltend, die auf ein Zurückweichen und Nachgeben in der Sprachenfrage hinzuwirken suchten. Es wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Die preußische Unterrichtsverwaltung hat in dieser Beziehung bisher durchaus richtig gehandelt. Das verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als sie in andern Fragen eben jetzt sehr scharf kritisiert worden ist und die stärksten Anfechtungen erfahren hat. In den letzten Tagen hat namentlich die Frage der Schulaufsicht zu einem heftigen Vorstoß der Mittelparteien gegen das Ministerium geführt. Man wird sich hier auf Kämpfe gefaßt machen können, die gewiß noch oft die parlamentarischen Debatten bewegen werden.

Schutz den Vögeln! Dr. Konrad Guenther, Privatdozent an der Universität Freiburg i. Br., hat unter dem Titel: *Erhaltet unserer Heimat die Vogelwelt!* ein Büchlein herausgegeben (Freiburg i. Br., Friedrich Ernst Fehsenfeld, Preis 50 Pfennige), das wir allen Naturfreunden unter unsern Lesern gerade jetzt, wo wir der Rückkehr der Zugvögel entgegensehen, und wo manche unsrer Standvögel schon mit dem Nestbau beginnen, nicht dringend genug empfehlen können. Der Verfasser erörtert zunächst den mannigfachen ästhetischen und materiellen Gewinn, den uns die Vögel — und keineswegs die Singvögel allein — verschaffen, und legt dabei, was in unsrer vor allem zunächst an den praktischen Nutzen denkenden Zeit die höchste Anerkennung verdient, auch eine Lanze für eine Reihe von Vögeln ein, die wie der Fischreiher, der Kormoran, der herrliche Eisvogel als Fischräuber zwar mehr oder minder schädlich sind, deren völlige Ausrottung uns jedoch um einige der interessantesten und schönsten Formen der deutschen Vogelwelt berauben würde. Wir stimmen dem Verfasser freudig zu, wenn er rät, solche Schädlinge, wo sie in beschränkter Zahl auftreten, und wo der von ihnen verursachte Schaden kaum ins Gewicht fällt, zu schonen, dafür aber durch geeignete Vorrichtungen den Fischen bessere Laichgelegenheiten zu schaffen, die die Einbuße an Fischbrut reichlich wieder wett machen würden.

Sodann untersucht Guenther die Ursachen der unleugbaren Verminderung unsrer Vogelwelt, was Arten und Individuen anlangt, und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß sie weit weniger auf dem Vogelmord (zum Beispiel durch die Italiener) als auf die immer ungünstiger werdenden Fortpflanzungsbedingungen zurückzuführen sei. „Auf dem freien Lande sucht man jedes Plätzchen nutzbar zu machen, und wo früher die weite Fläche in anmutigster Weise durch kleine Wäldchen, Hecken und Gestrüpp unterbrochen wurde, da dehnen sich jetzt, soweit das Auge reicht, einheitliche Felder aus. Wie man die Buschbrüter dadurch vertreibt, daß man ihnen das Gebüsch wegnimmt, so verkürzt man die Baumhöhlenbrüter dadurch, daß man im Walde nur gesunde Bäume stehen läßt, die nicht das kleinste Loch oder die geringste moderige Stelle aufweisen, welche diese Vögel zur Anlage einer Nisthöhle ausnützen könnten. So wird ihnen die Möglichkeit genommen, sich fortzupflanzen.“ Daraus ergibt sich, daß man, und zwar im größten Maßstabe, für künstlichen Ersatz jener natürlichen Nistgelegenheiten sorgen muß. Der Verfasser empfiehlt die Methode des Freiherrn von Berlepsch, die längst praktisch erprobt ist und Gegenden, die der Vogelwelt gänzlich entbehrten, in kurzer Zeit mit gefiederten Sängern aller Art bevölkert hat. Zunächst kommt es darauf an, durch Anpflanzung von Weißdorn, Wildrose, Weißbuche, Alazie, Fichte, Eberesche, Stachelbeere und Johannisbeere an geeigneten Stellen in der Feldmark, an Ufern und Wegböschungen Vogelgehölze anzulegen, die den Buschbrütern Schutz und Nistgelegenheit bieten. Hier sind schon einige Eisenbahnverwaltungen mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie eine oder beide Seiten des Bahndammes mit Hecken bepflanzen, die ja auch den Vorteil haben, daß sie die Geleise vor Schneeberuhungen schützen. „Die Bepflanzungen der Gera-Eichichtler Linie betragen 20 Kilometer und enthielten über 700 Nester. Das Eisenbahnnetz des gesamten Deutschlands schließt über 42000 Kilometer in sich, das würde bei einer ähnlichen Bepflanzung der Dämme an die anderthalb Millionen Nester ergeben und die doppelte Zahl, wenn beide Seiten der Dämme benutzt würden. Rechnen wir auf jedes Nest vier Eier, so würden allein den Eisenbahndämmen zwölf Millionen Vögel entfliegen, und von den langweiligen und häßlichen Schienensträngen würde sich eine Fülle von Schönheit und Lieblichkeit und des Nutzens über unser Vaterland ergießen.“

Für die Höhlenbrüter empfiehlt Guenther die Verwendung der Berlepschschen Nisthöhlen, die ja längst die unzweckmäßigen, aus Brettern zusammengeschlagenen, im besten Falle von Staren, meist aber nur von Sperlingen benutzten Nistkästen verdrängt haben und von der Fabrik von Berlepschscher Nisthöhlen (Herm. Scheid) in Büren in Westfalen zu sehr wohlfeilen Preisen bezogen werden können.

Wer die Ratschläge des kleinen Buches beherzigt, der wird auf Erfolg rechnen können. Allen Naturfreunden, Gartenbesitzern, Landwirten und Weidmännern eröffnet sich hier ein reiches Feld segensreicher und freudenbringender Tätigkeit!

J. R. H.

